

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“
Sarnspracher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementpreis: Im Monat Oktober 18 000 000 M., und Nachzahlung. Ein einzelnes Exemplar 5 M. M. | Anzeigenpreis: Die erste Seite 20 M., zweite Seite 15 M., dritte Seite 10 M., vierte Seite 5 M., fünfte Seite 3 M., sechste Seite 2 M., siebte Seite 1 M., achte Seite 0,5 M., neunte Seite 0,3 M., zehnte Seite 0,2 M. Die Sonntagsblätter sind mit der Schlußseite 100 000 zu multiplizieren bei Wiederholung Rabatt.

Nr. 235.

Ultensteig, Dienstag den 9. Oktober.

Seitgang 1938

Reparation und Mehrleistung.

Vor dem Kriege betrug das volkswirtschaftliche Einkommen Deutschlands 40 Milliarden Mark. Von dieser Summe verbrauchte die deutsche Bevölkerung für ihren Lebensunterhalt ca. 26 Milliarden, 6 Milliarden entfielen auf den Bedarf von Reich, Ländern und Gemeinden und 6 Milliarden Mark betrug die Ersparnisse, die auf dem Umweg über Handelskapital und Sparfängeln zu verwenden Zweck in der Wirtschaft wieder angelegt wurden.

Der Produktionsumfang der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege ist auf etwa 60 bis 65 Prozent der Friedensproduktion gesunken, das sind etwa 25 Milliarden Mark, wovon allerdings noch 15 Prozent abzuziehen sind, die den Verlust der abgetretenen Gebiete in sich schließen. Einer derartig gesunkenen Produktion, einem so verkleinerten Volkseinkommen steht eine weit höhere Soll-Leistung gegenüber. Zunächst der erhöhte Bedarf von Reich, Ländern und Gemeinden. Hierunter fällt die Sorge für die Kriegsbeschädigten, für die Hinterbliebenen, für die Erwerbslosen: der Bedarf wird sich noch erhöhen, sobald wir zu der produktiven Erwerbslosenfürsorge übergehen. Denn die erfordert die Bereitstellung von Materialien, was allerdings den Vorteil insofern für eine weitere Zukunft in sich trägt, daß nämlich die Gelder für die Erwerbslosenfürsorge verbrennend angelegt werden, daß für die Zukunft wirtschaftliche Werte geschaffen werden. Sodann haben wir eine überzählige Beamtenschaft, die vermindert werden muß, wobei vollkommen davon abgesehen sein soll, daß die Arbeitsintensität der verbleibenden Beamten erhöht werden kann und dadurch noch weitere Beamte überflüssig werden. In dieses Kapitel fallen auch die Gelder für die Sozial- und Rentenversicherung, die Zuschüsse für die Bauwirtschaft usw.

Zu dieser inneren Belastung tritt die äußere, durch die Reparationsleistungen, deren Umfang wir noch nicht einmal genau kennen. Möchten wir also zu einer Erweiterung unserer Güterproduktion schon deshalb kommen, weil der innerdeutsche Bedarf, auch wenn man die gesunkene Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung in Rechnung setzt, heute viel größer ist als vor dem Kriege. So wird die Mehrleistung zum Zwang aus außenpolitischen Gründen.

Für diese Mehrleistungen sind zwei Wege zu unterscheiden. Einmal wird es sich darum handeln, die Arbeitsintensität zu heben, soweit es bei der gesunkenen Lebenshaltung der wertvollen Bevölkerung nur möglich ist. Und zum anderen greift die Frage der Mehrproduktion über auf das Gebiet der Arbeitszeit in Mit der Schablone des Jehnsfundentags ist hier bezüglich wenig anzufangen. Ein Widerspruch, nach dessen Ursachen man jetzt nicht mehr forschen sollte, zwingt uns dazu, die Frage der Mehrproduktion in einem Augenblick der Wirtschaftskrisis zu lösen. Selbstverständlich wird eine Verlängerung der Arbeitszeit in erster Linie in der Produktion in Frage kommen. Vor allem im Bergbau jeder Art und in der Landwirtschaft. Von hier aus wird sich dann die verlängerte Arbeitszeit ganz von selbst in Mehrproduktion über auf das Gebiet der Arbeitszeit den weiterverarbeitenden Industrien einführen lassen. Wir glauben nicht daran, daß die Arbeiterschaft einer derartigen Lösung unsympathisch gegenübersteht; bietet doch dieser Weg die einzige Möglichkeit, daß die Lebenshaltung der Gesamtarbeiterschaft gehoben werden kann. Ein Vergleich der oben wiedergegebenen Ziffern zeigt die Notwendigkeit einer Arbeitsintensivierung und Arbeitszeitverlängerung, vor allem in den Gewerbebetrieben, wo sie nicht zu einem vermehrten Bedarf an ausländischen Rohstoffen führen wird.

Der verlorene Krieg zwingt uns zur Abtragung äußerer Schulden, die nur eine vermehrte Güterproduktion abdecken kann, wenn anders nicht die deutsche Bevölkerung um einige Millionen vermindert werden kann. Man sieht also, daß sich die Frage zuspitzt darauf, ob man das Problem wirtschaftspolitisch oder bevölkerungspolitisch lösen kann. Die letzte Lösung ist nicht möglich; es bleibt deshalb nur der erste Weg. Dazu ist aber nötig, daß wir die Frage der Mehrleistung nicht als eine vollständige, sondern als eine wirtschaftliche Kategorie betrachten lernen. Aus dem Zusammenhang zwischen Mehrleistung und Reparation ist außerdem klar ersichtlich, daß wir nur auf diesem Wege, der Steigerung unserer Produktion, zu einer Verringerung der außenpolitischen Atmosphäre kommen werden.

Das Beamtenabbaugeetz.

Ein Programmpunkt in der Einschränkung der Ausgaben unserer Reichshaushalts ist der Beamtenabbau. Nicht mit Unrecht wird von vielen Kreisen betont, daß die Vergrößerung unserer Beamtenapparates, die nach der Revolution eingeleitet hat, für uns heute schlechterdings nicht mehr tragbar ist. Weiterhin wird hervorgehoben, daß an eine Sanierung unserer Verhältnisse, an den Aufbau einer neuen Währung und was dergleichen Pläne mehr sind, nicht gedacht werden kann, bevor nicht das Gleichgewicht in Ausgaben und Einnahmen hergestellt ist. Dieses Gleichgewicht kann aber nicht nur durch ein Anziehen der verschiedenen Steuer-schrauben erreicht werden, sondern muß seine Herbeiführung auch in einer Verminderung der Ausgaben der Reichshaushalts finden. Deshalb sah sich der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding gezwungen, den Entwurf eines Gesetzes über die Verminderung des Beamtensoppers (Beamtenabbau-Gesetz) dem Reichstag vorzulegen. — Der Gesetzentwurf sieht zunächst eine Verschärfung der Bestimmungen vor, daß Reichsbeamte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand treten müssen. Nur in ganz geringen Ausnahmen, die im unumgänglichen notwendigen Interesse der Behörde liegen, kann von dieser Vorschrift abgesehen werden. In dem zweiten Artikel schlägt der Gesetzentwurf vor, daß Reichsbeamte über 60 Jahre auch ohne den Nachweis der Dienstunfähigkeit ihre Pensionierung beantragen können, wenn dies im Interesse des Beamtenabbaus liegt. In dem Falle erhält der Beamte für 18 Monate volles Gehalt, bis dann die gesetzlichen Ruhegehaltsbezüge eintreten. Am heftigsten wird der dritte Artikel des Gesetzentwurfes umstritten werden, der die „Verlegung entbehrlicher Reichsbeamten in den einwöchigen Ruhestand“ zu regeln hat. Allein der Ausdruck „entbehrlicher“ Reichsbeamter hat in den Kreisen der Beamtenschaft lebhaften Widerspruch hervorgerufen, indem von den Beamtensorganisationen betont wurde, daß hierin eine Anklage gegen die Behörde liegt, die „entbehrliche“ Beamtenstellen geschaffen habe, während der Beamte, der in den Staatsdienst trat, niemals auch nur hätte ahnen können, daß der von ihm zu besetzende Posten in Wirklichkeit entbehrlich sei. Der Gesetzentwurf schlägt vor, daß lebenslanglich angestellte Reichsbeamte in den einwöchigen Ruhestand versetzt werden können, wenn der Beamtensführer ihrer Verwaltung aufgrund eines besonderen Beschlusses der Reichsregierung vermindert werden muß. Die Auswahl der in den einwöchigen Ruhestand zu versetzenden Beamten soll lediglich nach dem Gesichtspunkt der dienstlichen Leistung erfolgen, bei gleichen Leistungen nach sozialen Rücksichten. Volle politische, religiöse und gewerkschaftliche Neutralität ist in dem Gesetzentwurf zugesichert. Den so in den einwöchigen Ruhestand versetzten Beamten soll für eine Uebergangszeit von einem Jahr volles Gehalt gezahlt werden. Darüber hinaus sichert der Gesetzentwurf an Beamte, die im Interesse des Beamtenabbaus ausscheiden, Pension zu für den späteren Fall der Dienstunfähigkeit oder der Vollendung des 65. Lebensjahres. Endlich werden in dem Entwurf noch weitere Einzelheiten geregelt, wie die Höhe von Abfindungssummen für auf Probezeit, Kündigung usw. angestellte Beamte und dergleichen. Wenn der Gesetzentwurf im Reichstag eine Annahme findet, dann wird trotzdem vor einem Jahr er dem Reichshaushalt eine finanzielle Erleichterung nicht bringen können.

Deutscher Reichstag.

Die Besprechung der Regierungserklärung.

Berlin, 8. Okt.

Nach halbständiger Geschäftsordnungsansprache wird auf kommunistischen Antrag beschlossen, das Ermächtigungsgesetz vorläufig noch von der Tagesordnung abzusehen, da es dem Hause noch nicht vorliegt, weil es eben den Reichsrat beschäftigt hat. Ein weiterer kommunistischer Antrag, der sich gegen das Verbot der kommunistischen Presse in Bayern richtet, wird mit der politischen Aussprache verbunden. Die verschiedenen Steueranträge der Parteien, u. a. zu Gunsten des gewerblichen Mittelstandes, sollen auf Antrag des Abg. Siemer (D.nat.) später gemeinsam behandelt werden.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) weist darauf hin, daß die Krise der letzten Woche völlig überraschend gekommen sei. Dieser Vorstoß müsse noch geklärt werden

und seine Urheber festgestellt werden. Einwachen sei die Regierungskrise beigelegt. Wir stehen diesem Kabinett mit ganz anderen Empfindungen gegenüber als vor einer Woche. Wir billigen die Aufgabe des passiven Widerstandes, weil er finanziell nicht mehr zu tragen war. Das Kabinett Cuno trifft der schwere Vorwurf, daß es das deutsche Volk über die Tatsachen im Dunkeln gehalten hat. Es hat eine Politik der Verschleierung und der Illusionen getrieben. Die Regierung Cuno hat auf den lieben Gott und auf England gehofft und die Hände in den Schoß gelegt. Die aus der Staatskasse überwiesenen Mittel wurden von gewissen Kreisen zum Kampf gegen das deutsche Volk und die deutsche Währung verwendet. (Unruhe rechts. Ruf des Abg. Heißerich: Ramen und Beweise.) Die Deutschnationalen seien immer nur bereit gewesen, die Opfer der anderen zu bringen. Vor der Wahmöglichkeit des Gedankens eines Krieges gegen Frankreich müssen sie selbst überzeugt sein. (Unruhe rechts.) Die von Frankreich unterstützten separatistischen Kräfte können an dem unerschütterlichen Willen der rheinischen Bevölkerung, beim Reich zu bleiben, nichts ändern. Das Rheinland ist deutsch und muß deutsch bleiben. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung darf nichts unterlassen, um mit Frankreich zu einer direkten Verständigung zu kommen. Der Redner erklärt, daß der Ernst der Stunde gekennzeichnet werde durch die Worte Bayern und Aukrin. Die Reichswehr habe sich bewährt. Auf's schärfste müsse das Verbot der „Berliner Volkszeitung“ beurteilt werden, die über Aukrin Meldungen gebracht habe, die in der ganzen ausländischen Presse zu lesen sind. Die Regierung müsse der Gefahr von Rechts mit aller Energie entgegenzutreten. In Bayern ist einwachen der schwarz-weiß-rote Teufel durch den weiß-blauen Beisehub ausgetrieben worden. Hitler und Kahr sind gefährliche Feinde der Republik. Die bayerischen Ausnahmeverordnungen haben einen skandalösen, völlig unerträglichen Zustand geschaffen. Zu empfehlen sei nicht eine Diktatur einer einzelnen Person, sondern lieber eine Diktatur des Parlaments. Der Redner erklärt, daß seine Partei an dem Abstimmungstag nicht rütteln lasse. Seine Partei sei zum Kampf mit jenen gerüstet, die den Sozialdemokratie aus der Regierung drängen wollten.

Abg. Bell (Zentr.) spricht von bitteren Erfahrungen, die seine Partei in der letzten Woche gesammelt habe. Der Reichstag habe in dieser Krise den Beschäftigungsnachweis wirklich nicht erbracht. (Zustimmung.) In entscheidungsvollen Augenblicken sei er nicht auf der Höhe gewesen. Die Koalition richtet sich in dieser ersten Stunde an alle Schichten des Volkes mit der Bitte um ehrliche Mitarbeit. Parteigegegnerschaft dürfen jetzt nicht betont werden. Die Zurückhaltung, die der Kanzler sich Bayern gegenüber auferlegt hat, begründet der Redner. Die Mainbrücke darf nicht zerfallen, sie muß befestigt werden. (Beifall.) Ohne entsprechende Erledigung der innerpolitischen Fragen kann in der Außenpolitik keine Beruhigung eintreten. Durch das Ermächtigungsgesetz darf sich das Parlament durchaus nicht ausschalten. Es muß in die ungeliebte Preisbildung jener Urprodukte eingegriffen werden, die die Preise der ganzen Wirtschaft beeinflussen. Die Regierung möge auf baldige Lösung des Währungsproblems hinwirken und nicht etwa die Zwischenslösung weiter hinausschieben. Voraussetzung einer festen Währung sei eine größere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die Steigerung der Arbeitsleistung sei daher notwendig. In Bezug auf den passiven Widerstand erklärte der Redner: Die Rheinlande erwarten, daß keine Gelegenheit verpaßt wird, zu einer Verständigung mit den Gegnern zu kommen. Die Reichswehr wird allen Gewalt zum Trotz sich erhalten, wenn sie sich nicht selbst preisgibt.

Abg. Graf Westarp (D.nat.) erklärt: Er müsse die große Koalition mit einem anderen Wort begründen als der Vorredner: „Nacht Ihr Euch wieder, jawohlende Schalten?“ (Weiterkeit.) Draußen vor dem Tor steht der Feind und hier wird tagelang über die Zusammensetzung der Regierung verhandelt. Hohn und Spott, Scham und Empörung haben diese Zustände hervorgerufen. (Lebhafte Zustimmung.) Lange wird die große Koalition nicht halten. In Deutschland kann nur gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Wir verlangen und fordern die Auflösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Los vom Marxismus! (Unruhe bei den Soz.) Wir stehen mit rückhaltloser Opposition zur Regierung. Der Redner wendet sich gegen eine Gewaltpolitik gegenüber Bayern und spricht Herrn v. Kahr volles Vertrauen aus. (Lachen bei den Soz.) Wir können dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen. Der passive Widerstand mußte zur Aktivität werden. Die Sozialdemokraten haben die Einheitsfront an der Ruhr zertrübt. (Lärm bei den Soz.) Die einzige Tat der großen Koalition war die Aufgabe des passiven Wider-

Randes. Reichskanzler Dr. Stresemann: Sie haben ja selbst gesagt, daß der passive Widerstand nicht länger durchgeföhrt werden konnte! Gewiß, aber unter anderen Bedingungen. Wir wollen den Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien mit aller Konsequenz. (Wärmende Juruse bei den Soz.) Wer darauf verzichtet, der feindlichen Gewalt Gewalt entgegenzusetzen, der verzichtet auf Rhein und Ruhr. Wir lehnen es ab, die feindliche Gewalt durch eine feige Unterschrift zu befähigen. (Beifall bei den Deutsch-nationalen, Bischofen und Wärm links.)

Reichskanzler Dr. Stresemann bedauert, daß in der heutigen Zeit des außenpolitischen Drucks eine Rede mit so parteipolitischen Einschlag gehalten wurde. Wenn Graf Westarp von Scham und Empörung spricht, so lag es doch gerade bei den Deutsch-nationalen, die Krise zu vermeiden. Statt dessen haben sie noch in das Feuer hineingeblasen. (Unruhe rechts, Beifall bei der Mehrheit.) Es ist bedenklich, wenn Graf Westarp die Hoffnung auf einen Zerfall der großen Koalition ausdrückt. Ein nationaler Mann müßte doch hoffen, daß wir in dieser ersten Zeit endlich zur Ruhe kommen. Sie (nach Rechts) sind in Opposition getreten zu denselben Steuern, die Sie selbst bewilligt haben. Sie haben eben dem Kabinett Cuno die Steuern bewilligt und nicht dem deutschen Vaterland. Sie müssen sich endlich daran gewöhnen, den Staat als Träger des Vertrauens anzusehen und nicht die jeweilige Regierungscoalition. Von einer kommunistischen Vorherrschaft im Kabinett kann nicht gesprochen werden. Das beweist schon die Stellungnahme des soz. Reichsparteitags in Berlin gegen die große Koalition. Der Gegensatz zwischen Politik und Staatskunst beginnt da, wo man auch Unpopulärität auf sich nimmt, um des größeren Zwecks willen. (Beifall.)

Der Reichskanzler setzt sich sodann eingehend mit den Deutsch-nationalen auseinander, worüber noch berichtet wird.

Abg. Dr. Scholz (D.P.) wendet sich gegen die Dolchstoßlegende der Deutschen Volkspartei.

Neues vom Tage.

Das Ermächtigungsgesetz vor dem Reichsrat.

Berlin, 8. Okt. Der Reichsrat stimmte in seiner heutigen Vollsitzung unter Leitung des Ministers des Innern dem Ermächtigungsgesetz mit 46 gegen 17 Stimmen bei einer Stimmenthaltung (Thüringen) zu. Dagegen stimmten außer einigen preussischen Provinzen Bayern und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesetzesentwurf ist somit vom Reichsrat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Bestimmungen sind dem Reichstag und Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und auf Verlangen des Reichstags aufzuheben. Das Ermächtigungsgesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und wird außer Kraft gesetzt bei einer Änderung des Kabinetts oder der parlamentarischen Grundlagen des Kabinetts, spätestens 31. März 1924.

Die neuen Beamtengehälter.

Berlin, 8. Okt. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurden die Teuerungsmassnahmen betr. die Beamtengehälter erörtert. Es wurde für das 2. Viertel des Monats Oktober die Maßzahl von 40 000 vereinbart. Die örtlichen Sonderzulagen, die Befahrungszulagen und die Kinderzulagen werden entsprechend erhöht.

Die Aufnahme der Kanzlerrede in Paris.

Paris, 8. Okt. Die Rede des Reichskanzlers hat in hiesigen Kreisen und in der Pariser Blätterwelt eine geteilte Aufnahme gefunden. Man erkennt an, daß der Kanzler seinen Verhandlungswillen beteuert und zum Teil recht mutvolle Erklärungen abgegeben hat. Jedoch bedauert man, feststellen zu müssen, daß

Stresemann am Schluß seiner Rede keine bestimmten Angaben über die Reparationsabsichten Deutschlands machte.

Eine neue Fügen- und Schreibe Poincares.

Paris, 8. Okt. Poincare hielt bei einer Denkmals-einweihung in Aigny wieder eine seiner üblichen Sonntagreden. Er beschäftigte sich in der Hauptsache mit Deutschland. Gleich zu Beginn seiner Rede ging er auf die Ereignisse in Düsseldorf ein, wo wie er sagte, 30 000 Personen zu Gunsten einer lokalen Unabhängigkeit demonstriert hätten. Diese Demonstration sei vollkommen friedlich (N) gewesen. Keiner der Teilnehmer war bewaffnet. Blühlich seien deutsche Polizisten aus den Kasernen angerückt und hätten ohne Grund und ohne Warnung auf die Menge geschossen. Französische Truppen hätten erst die Ruhe wieder hergestellt und die Schußwunden entlastet müssen. Sie müßten der Schlächterei ein Ende machen, zu der sich die Deutschen hinreißten ließen (N). Poincare ging dann auf die Regierungskrise in Berlin ein. Die Berliner Regierung kämpfe mit unüberwindlichen Schwierigkeiten, an denen Frankreich aber vollkommen unschuldig sei. Frankreich hoffe, daß mit Hilfe der Zeit auch diejenigen Verbündeten, die seine Haltung noch nicht gebilligt haben, es lernen würden, sie besser zu würdigen.

Poincare hat in Bierrefitte eine zweite Sonntagrede gehalten. Er beschäftigte sich zunächst mit kleineren Fragen der inneren Politik. Sodann polemisierte er gegen Lloyd George und kündigte eine neue große französische Anleihe über den Wiederaufbau an.

Verhandlungen der deutschen Industriellen mit General Degoutte.

Paris, 8. Okt. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ will erfahren haben, daß die deutschen Industriellen, die am Freitag den General Degoutte besuchten, gegen die Steuer, auch die Kohlensteuer, im Prinzip nichts einzuwenden haben, sich aber mit ihren Sätzen nicht ganz einverstanden erklärten. Sie sollen versichert haben, daß sie die Kohlenlieferungen erst aufnehmen, sobald Berlin eine Zusage erteilt. Im Anschluß an diese Erklärung erfolgte dann ein Meinungs-austausch mit den Vertretern der Besatzungsbehörde. In Brüssel ist man der Auffassung, daß eine Verständigung in der Weise erzielt werden könne, daß zunächst die bedingungslose Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen erfolgt und hierauf den Industriellen die Erlaubnis gewährt werde, einen ausreichenden Teil ihrer Kohlenvorräte auf eigene Rechnung zu exportieren, wobei natürlich verschiedene Steuern zu entrichten seien.

Degoutte dementiert.

Paris, 8. Okt. Die Habasagentur dementiert durch eine Depesche aus Düsseldorf die Nachricht, General Degoutte habe die Vertreter der Arbeitgebervereinigungen empfangen und ihnen erklärt, er wünsche die Aufhebung des Achtstundentages und die Einführung des Neunstundentages in dem besetzten Gebiet.

Aus Stadt und Land.

Altensiefel, 9. Oktober 1923

Der Rücktransport der Ruhrkinder des Nagolder Bezirks. Die 186 Ruhrkinder vom Bezirk Nagold sind am 26. Sept. 1923 wohlbehalten in ihrer westfälischen Heimat eingetroffen. 2 Eisenbahnwagen waren für einen Tag und eine Nacht ihre Behausung. Von Eulingen ab war die ganze Schaar glücklich beisammen. Und laut genug ging's zu; das Gepöhl hatte sich mindestens verdoppelt, und den Begleitern mochte es wohl etwas angst werden vor der Fülle der Lebensmittelpaketen, die von den Unersättlichen gleich in Gebrauch genommen wurden, von Eparfamen ängstlich gehütet für die Mutter. Unter Gesang, Geschrei, Hullo ging's Stuttgart zu, während draußen die Herbstsonne lachte. In

Esriede in ihrer schlichten und doch so vornehmen Schönheit erregt Aufsehen bei den jungen wie alten Kunstjüngern. Stets ist sie der Mittelpunkt eines größeren Verehrerkreises, so daß es ihr nicht möglich ist, einen Augenblick ungestört mit Dohren zu sprechen, soviel Nähe sie sich auch gibt. Dohren scheint ihre Bemühungen nicht zu verstehen, oder ist er verschmüßt, daß sie ihm vor einigen Wochen eine abfögende Antwort gegeben.

Nach dem Abendessen wird etwas Musik geboten, Feder und Konzertstücke werden in buntem Durcheinander vorgetragen.

„Esriede, bitte sing uns Dein Lieblinglied aus der Jugendzeit,“ bettete Erna.

Esriede ist zum Flügel getreten, vor dem Dohren Platz genommen, seine Augen bliden mit seltsam zwingendem Ausdruck in die Augen der Sängerin.

Als Esriede sich niederbeugt, um die Noten des Liedes hervorzuholen, fohrt der junge Konzertmeister vorstohlen nach ihrer Hand, sein heißer Atem streift ihre Wangen als er mit leidenschaftlicher Stimme flüstert: „Törichtes, kleines Mädchen, Sängerin sollen Sie gar nicht mehr werden, Sie sind mir viel zu schade dazu. Für mich will ich Sie ertingen, mein Singvogel sollen Sie sein.“

Zu Tode erschrocken zieht Esriede ihre Hand zurück, heiße Mut fohrt ihre Wangen, aber ihre Augen bliden so stolz, so abweisend, daß sich des jungen Konzertmeisters Gesicht mit Jorneröde überzieht. Seine Stimme klingt heißer als er flüstert: „Sie weisen mich ab, mein schönes Eschen? Wissen Sie auch, daß Sandor Dohren sich nicht abweisen läßt?“

Esriede erzittert vor seiner leidenschaftlichen Drohung, aber mit Gewalt beherrscht sie sich.

„Wollen wir nicht beginnen, Herr Dohren, man beginnt auf uns aufmerksam zu werden.“

Ruhig, läßt klingen ihre Worte, sie weiß später selbst nicht, woher ihr die Ruhe so plötzlich gekommen. Ob sie

der Hauptstadt wurde im Eiltempo in den Stadtpark marschiert, der in herrlicher Blumenpracht prangte. Im schönen großen Speisesaal wurde eine feine Suppe aufgetragen, dabei wurde dann ein dreifaches Hoch auf den gütigen Gastgeber ausgedrückt. Nach 1 Uhr verließen wir Stuttgart wieder mit dem federleichten Zug unter Lächerwehen und viel Hallo. Bei Heilbronn waren die Wagen am liebsten auf die Röhre in den Neckar geföhrt, so daß sie von den Begleitern kaum zu bändigen waren. Ganz dauert es, bis im Heilbronner Bahnhof die Wagen des Sonderzugs zusammengestellt waren, immer wieder kamen 2-3 Wagen mit Kindern von Herrenberg, Gorb, Tübingen, Tautlingen, Nottweil und Künzelsau an. Endlich setzte sich der Sonderzug in Bewegung; unterwegs wurden er an einsamer Haltestelle reich geschmückt mit grünen Landzweigen. In Osterburken-Würzburg wurde auf dem Bahnhof noch Tee ausgeschenkt. Dann machte man sich zum Schlafen zurecht, das Licht wurde abgedunkelt, jedes Kind suchte sich ein Plätzchen und versuchte in möglicher oder unmöglicher Stellung zu schlafen. Rauföhrt gab's natürlich genug u. nur selten ward Ruhe und Frieden. Draußen glitten Städte, Dörfer u. Landschaften an uns vorüber, vom herrlichen Vollmondschein beleuchtet. In der Morgendämmerung drängten sich die Kinder ans Fenster, in Erwartung der Heimat wieder lebendig geworden. In Rabel wurden die ersten ausgeladen und von ihren Angehörigen begrüßt. Kurz darauf hielt der Zug wieder, „die Franzosen kommen“ schrien die Kinder ängstlich; einige versteckten sich unter den Bänken. Man sah einige in voller Kriegsbekleidung ziehende Franzosen an der Sperr, sowie einen Trupp auf der Landstraße marschieren. Aber bald ging's unbehellig weiter nach Hagen. Hier wurden die Kinder unter großem Jubel, teilweise auch unter Tränen empfangen. Im Nu hatte sich der Bahnhof entleert und wir Begleiter suchten eine Unterkunft auf. Den Pflegerleuten im Bezirk Nagold aber, die sich so freundlich um die Kinder während ihrer Erholungszeit angenommen hatten, möchten wir auch folgendes Schreiben des Vorsitzenden des Landratsamts Hagen auszusprechen: Ich bin mir bewußt, daß eine längere Aufnahme unserer Kinder, sowohl für die Behörden, als auch für die Pflegerleuten viele Arbeit, Opfer und Nachsicht erfordert hat. Wenn trotzdem unsere Kinder bis zum letzten Augenblicke mit so großer Liebe betreut wurden, so zeugt dieses vor allen Dingen, daß die Verhältnisse im besetzten Gebiet dort das richtige Verständnis gefunden haben. Nach den Mitteilungen der Kinder, den erheblichen Gewichtszunahmen und den reichlichen Lebensmittelpaketen, welche die Pflegerleuten mit auf den Weg gegeben hatten, ist die Aufnahme eine sehr herzliche gewesen. Ich darf mir wohl erlauben, Ihnen für alles, was Sie an den Ruhrkindern des hiesigen Kreises getan haben, auch im Namen der Eltern herzlichsten Dank auszusprechen und bitte ergebnis diesen Dank bei passender Gelegenheit auch den Pflegerleuten zu übermitteln.

— Erlaubter Devisenbesitz. Die Maßnahmen zur Devisenerfassung haben vielfach zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß die aus dem Ausland in ausländischer Valuta an deutsche Hilfsbedürftige eingehenden Unterstützungsbeträge der Beschlagnahme verfallen würden. Diese Befürchtungen sind völlig unbegründet. Gemäß Para. 1 Abs. 4 der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Devisenerfassung kann die Ablieferung von Unterstützungsbeträgen oder von Beiträgen in ausländischer Valuta, die in Erfüllung einer sittlichen Pflicht überwiesen sind, von dem Kommissar für Devisenerfassung nicht gefordert werden.

— Von der Erwerbstosenfürsorge. Die Höchstätze der Erwerbstosenunterstützung sind mit Wirkung vom 3. Oktober ab wie folgt erhöht worden: Für männliche Personen über 21 Jahren, sofern nicht im Haus-

wohl von der Armesenheit des schlanken, blonden Mannes kommt, der ungesehen von der Gesellschaft, leise unter die Portiere des Nebengemaches getreten ist und nun mit banger Frage in den Augen auf das junge Haar am Flügel blickt.

Noch einen schnellen Blick voll Jor und Leidenschaft wirft Dohren auf Esriede, dann beinnst er zu spielen und Esriede singt, wie sie noch nie gesungen, — kommt doch mit aller Gewalt die Erinnerung an ihre Jugend, an ihr liebes, trantes Heimatdorf über sie.

„Keine Schwalbe bringt Dir zurück, monach Du weinst, — Doch die Schwalbe singt im Dorf wie einst.“

Der letzte Ton ist verklungen, ganz still ist im weiten Saal, ein jeder schaut sich, durch laute Rundgebungen die Weihe des Augenblicks zu föhren. In Esriede zittert noch die Erregung der vorausgegangenen Szene nach, groß und schlank steht sie am Flügel, die großen, sprechenden Augen, wie unter einem Bann, fix in die Ferne gerichtet.

Ganz zaghaft beginnt irgendwo einer da capo zu flüstern, doch der leise Ton führt die Gesellschaft in die Wirklichkeit zurück und ein Beifallssturm erbraust, wie sich ihn eine geföhrtete Diva nur wünschen kann.

Mit leerem Lächeln, das sie sich krampfhaft festzuklammern bemüht, hört Esriede all das Lob an, doch sobald sie eben kann, verschwindet sie hinter der großen Glashür, die zum Wintergarten führt. Sie muß allein sein, sie muß über die letzte Viertelstunde nachdenken, die ihr eine so inhaltsschwere Eröffnung gebracht. Kein Gedanke mehr daran, daß sie unter Dohrens Leitung ihre neue Laufbahn beginnen kann, überhaupt schreckt der Gedanke, daß nun vielleicht mehr als ein Mann sie mit solch dreistern, lästernem Blick betrachtet darf, ihre feinsinnigende sensitive Natur von dem Betreten der neuen Laufbahn zurück.

Fortsetzung folgt.

Leserbrief.

Wenn dich die Lästertunge nicht,
So laß die dies zum Troste sagen;
Die schlechtesten Früchte sind es nicht,
Woran die Wespen nagen.

G. A. Bürger.

Heimgefunden.

Novelle von Maria Darling.

(27) (Nachdruck verboten.)

„Daß ich gleich nach D. zurück ... ich liebe, trüchte Mädchen über seinen Irrtum aufzuklären, damit sie nicht sich selbst verliert, wie ich es in meiner Verblendung getan. Arme, kleine Esi, wie mußt Du gelitten haben! Rein, Mutter Diesel, ich habe nur Esriede lieb, Margret ist mir eine liebe, kleine Freundin, ich habe sie gern, aber ich glaube kaum, daß sie jemals auf die Vermutung gekommen ist, ich könne sie lieben. Die stolze Präsidentin Treugott würde Augen machen, wenn man ihr sagte, ihre vergötterte Enkelin wolle sich an einen armen Maler fortwerfen. Die hat ganz andere Pläne mit der kleinen Margret.“

Wenige Stunden nach der Unterredung mit Frau Diesel ist Heinz schon wieder gegangen.

„Ich komme wieder, Mutter Diesel, und dann bringe ich Dir Dein Kind gleich mit. Gräß mir den Haidhof.“

Im Salon der Präsidentin Treugott hat sich eine bunte Künstlerchar versammelt. Allgemein vermisst man den Löwen der Saison und schon mehr als einmal ist Margret nach ihm gefragt worden. Sie hebt nur vielfach die Achseln und meint dann in wissendem Ton: „Er wird Wichtigeres zu tun haben als hier Euren Salonkaffee zu lauschen und Süßholz zu rauchen.“

Holl eines anderen Leben, (in Millionen Mark) in Orts-
klasse A 60, B 56, C 52, D und E 48, sofern sie im
Haushalt eines anderen Leben, A 48, B 45, C 42, D und
E 39; unter 21 Jahren A 366, B 33, C 30, D und E
27; für weibliche Personen über 21 Jahren, sofern sie
nicht im Haushalt eines anderen Leben, A 48, B 45,
C 42, D und E 39, sofern sie im Haushalt eines an-
deren Leben, A 40, B 38, C 34, D und E 31, unter
21 Jahren A 28, B 26, C 24, D und E 22; als
Familienunterstützung für den Ehegatten A 22, B 20, C 18,
D und E 16, für Kinder und sonstige unterstützungs-
berechtigte Angehörige A 18, B 17, C 16, D und E
15 Millionen Mark.

Die Haisenjagd ist aufgegangen. Sie bietet
günstigere Aussichten als im Vorjahre. Jedoch ist noch
ein großer Teil der Haisen zu gering, um jetzt schon einen
stärkeren Absatz zu rechtfertigen. Es wäre unwirtschaft-
lich, drei- und vierstündige Haischen zu erlegen, die bis
November bei guter Witterung vollwertig werden könn-
ten, außerdem unweidmännisch, zu hart der Suchjagd
zu obliegen auf die Gefahr hin, die gerade heute noch
zahlreich vorhandenen trächtigen Hasinnen abzuschießen.
Wenn nicht die Rückschlüsse einen noch weitergehenden
Reizungsantrieb hervorruft, empfiehlt es sich also, sich
vordringlich mit etwa benötigten Küchenhasen zu begnügen
und den Hauptabsatz noch zu verschieben.

Weitere Ueberdruckmarken. Außer den bereits
gemeldeten Ueberdruckmarken werden noch solche zu
800 000 Mk. auf den kleinen Rissenmarken zu 100 Mark
Mk. 200 Mk. Harz und 400 Mk. braun, sowie zu 2 Mil-
lionen Mk. auf 300 Mk. grün und 500 Mk. ziegelrot
herausgegeben. Für den umfänglichen Bezugsverkehr sind
Ueberdruckmarken mit dem Wertstempel 2 Millionen Mk.
auf 50 Pfennig in Schwarzdruck hergestellt worden.

Koselben. (Schultheißenwahl.) Bei der am Sam-
stag stattgefundenen Schultheißenwahl erzielten Gemein-
depfleger Meißner 150 Stimmen, Karl Sauter 90 Stimmen.
Gemeindepfleger Meißner ist demnach gewählt.

Wittenfeld, 7. Okt. Die letztorangene Woche hat
hier mit einem heftigen schweren Unglücksfall gendert.
Der Knecht des Metzgermeisters Stumpp war mit Futterschalen
beschäftigt. Die alte Frau Stumpp, das Dienstmädchen, so-
wie ein Enkelkind der Frau Stumpp, der 9jährige Sohn des
„Hohenzollern“-Wirts, waren ihm dabei behilflich. Während
der Heimfahrt schaute plötzlich das Pferd, vermutlich an dem
festen Ritt eines des Wagen überholenden Nachfahrers. Es
ging durch und geriet mit dem beladenen Wagen, auf wel-
chem auch die bei der Arbeit Beteiligten saßen, in rasenden
Schlapp. An einem Baumstamm, an welchem der Wagen
angelagte, glug derselbe in Stücke, während die auf dem
Wagen Sitzenden hinausgeschleudert wurden. Frau Stumpp
bleb auf der Stelle tot. Die Uebrigen wurden schwer
verletzt.

Stuttgart, 8. Okt. (Verboten.) Eine von der
Freiheitsgesellschaft veranstaltete Vortragsreihe des russi-
schen Generals a. D. Freiherrn v. Schönau wurde
vom Ministerium des Innern mit der Begründung ver-
boten, daß im Hinblick auf die Vorkommnisse bei den
letzten Versammlungen der Deutschen Freiheitsgesellschaft
in Württemberg Störungen zu befürchten seien.

Mord. In einem Hause der Werderstraße wurde
eine 20 Jahre alte Fabrikarbeiterin von dem 19 Jahre
alten Schneider Edwin Mink durch Messerstiche in
das Gesicht und den Hals getötet. Mink, der wegen
Diebstahls wiederholt vorbestraft und zurzeit in einer
Fürsorgeerziehungsanstalt untergebracht ist, hatte von der
Anhaltsleistung zum Besuch von Verwandten Urlaub
erhalten. Er stellte sich nach der Tat der Polizei. Ueber
die Beweggründe zur Tat hat der Festgenommene bis
jetzt noch keine Angaben gemacht.

Mm, 8. Okt. (Die Schlacht am Walfisch-
teller.) Die Strafkammer hat nach fünfzägiger Ver-
handlung das Urteil in der Göppinger Landfriedensbruch-
Affäre, der sog. Schlacht am Walfischsteller, gesprochen.
Es laut, bei 12 Angeklagten auf Freisprechung. Die
Angeklagten: Hermann, B. Pfanz, Seib,
Wolmer, Bänke, Dastner und Nagel wurden zu der
gesetzlichen Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis ver-
urteilt, der jugendliche Böhmig zu 4 Wochen Gefängnis
wegen Körperverletzung. Das Verfahren gegen Wählhüter
wurde an das Schwurgericht verwiesen.

Markttheidenfeld, 8. Okt. (90 Zenter Brot-
getreide beschlagnahmt.) Hier wurden bei der
Landwirtsfamilie Geißler 90 Ztr. Getreide beschlag-
nahmt. Die Frucht stammt aus den Erntejahren 22,
21 und 20 und hatte teilweise schon den Kornwurm. Das
Getreide sollten also sicher die Wärmer verzehren, als
daß man es unserm barbedenden und notleidenden Volk
zur Ernährung zuführt hätte. Die Kommission veran-
laßte ebenfalls, daß die Familie Geißler sofort ein
schadstoffreiches Stroh abgab, andernfalls wäre auch
dieses der Beschlagnahme anheimgefallen. In zwei gro-
ßen Lahnwagen wurde die Frucht dem Lagerhaus zuge-
führt. Der Wert des beschlagnahmten Getreides beträgt
etwa 20 Millionen Mark und nach den heutigen Bestim-
mungen kann die ganze Menge neben den üblichen Stra-
fen für verfallen erklärt werden. So geht, wenn man
keine Zeitung liest und für seine übrigen Mitmenschen
nichts übrig hat. Jeder christliche Landwirt muß eine
solche feindliche Zurückhaltung verurteilen und besonders im
Interesse der ablieferungsfreudigen ländlichen Bevölke-
rung ist es gelegen, daß solche Hansermeister restlos aus-
geschaltet werden.

Schwäbische Chronik.

In Stuttgart kostet jetzt ein Bissen 3 Millionen,
1 Kilo mackentreich Schwarzbrot 45, Weißbrot 65 Mil-
lionen Mark.

In Stuttgart mußte der seit über 100 Jahren be-
stehende Wohltätigkeits-Verein infolge der Geldent-
wertung sein Bestehen aufgeben. Er hat sich der Zen-
tralleitung für Wohltätigkeit angeschlossen.

In Gebersheim, O. A. Leonberg, stürzte der Mau-
ermeister von Ku in seiner Scheuer ab und starb bald
darauf.

In Göglingen starb eine 66 Jahre alte Frau von
Dörsenbach im Wartsaal am Herzschlag.

In Wehingen verlegte sich der Bankgehilfe Dag
beim Spielen mit einem Revolver schwer.

In Spaichingen wurde ein junger Barfische von
einem anderen ohne Ursache mit dem Messer in den
Rücken geschossen und erheblich verletzt. Auch ein junger
Lehrer wurde bei Ludwigstal ohne Grund mit dem
Messer geschossen.

Die Demokraten zur Lage.

Die Deutsche demokratische Partei Württembergs hielt
eine aus allen Teilen des La besuchte Landes-Ans-
schauung unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Bruck-
mann statt. An den politischen Bericht des Staats-
präsidenten Dr. Hieber schloß sich eine lebhafte Aus-
sprache. Zum Schluß wurde folgende Entschließung ein-
stimmig angenommen: „Mit tiefem Schmerz muß die
Deutsche demokratische Partei Württembergs erkennen,
daß die Aufgabe des passiven Widerstandes an
Ruhr und Rhein zur bitteren Notwendigkeit geworden
ist. Sie spricht den dortigen treuen Volksgenossen für
alles, was sie in den neun Monaten des passiven Wi-
derstandes auf sich genommen und erlitten haben, tiefge-
fühlten Dank aus. Wer in Beurteilung der finanziellen
Leistungsfähigkeit des Reichs und namentlich der Kräfte-
verteilung in Europa und der tatsächlichen Machtverhält-
nisse noch ein flares, weder durch Gefühl- noch durch
einseitige Parteipolitik getrübbtes Urteil sich bewahrt hat,
der muß auch den Mut aufbringen, die Folgerungen aus
jener harten Notwendigkeit zu ziehen. So stellt sich denn
die Deutsche demokratische Partei Württembergs ge-
schlossen hinter die Führer der Parteien im Reich und
Land, welche den Vorschlägen der Reichsregierung und
des Reichskanzlers Stresemann für Ruhr und Rhein
die Zustimmung nicht verweigern. Aber das Unrecht
an der Ruhr muß als Unrecht gebrandmarkt bleiben.
Die endgültige Erhaltung der Ruhr wie des ganzen
Rheinlandes beim Reich und die Wiederherstellung der
freien deutschen Staatshoheit muß die über allen Partei-
hader hochgehobene geheiligte Forderung aller Deutschen sein.
Gegenüber den Bestrebungen auf Trennung einzelner
Teile vom Reich oder Abspaltungen und Wifachtung
der Reichsverfassung erneuert die Deutsch-demokratische
Partei Württembergs ihr Gelöbniß unerschütterlicher
Treue zum Reich und zur republikanischen Verfassung
und ihren demokratischen Grundlagen. Eben weil die
Partei mit voller Ueberzeugung für die Verfassung ein-
tritt, verlangt sie auch, daß innerhalb ihrer Grenzen das
Eigenleben ihrer Länder wie der Gemeinden nicht erschüt-
tert werde und daß an den altbewährten deutschen Grund-
lagen einer geordneten, von eigener Leistungsfähigkeit
getragenen Selbstverwaltung nicht gerüttelt werde. Sie
bedauert, daß gerade im jetzigen Augenblick der Gefahr
eine Regierungsumbildung veranlaßt worden ist, und daß
nicht alle Parteien des bisherigen Regierungsmehrheit
ihre Sonderwünsche hinter den großen Forderungen eines
leber übrigen Reichs zurückstellen vermochten. Sie be-
gehrt es, daß unter wesentlicher Mitwirkung der deutsch-
demokratischen Reichstagsfraktion eine Ueberwindung der
Schwierigkeiten im Rahmen der Großen Koalition ge-
lungen ist.“

Die gegenwärtigen Geld- und Währungsver-
hältnisse sind unerträglich. Die Schaffung eines
wertbeständigen Zahlungsmittels ist die dringendste Auf-
gabe der ganzen Politik. Die kann aber nur erreicht
werden, wenn es gelingt, binnen wenigen Monaten Aus-
gaben und Einnahmen in den Haushalten des Reichs,
der Länder und Gemeinden ins Gleichgewicht zu bringen.
Außer der Stundung der finanziellen Leistungen aus
dem Vltat von Versailles wird es hierzu der nächsten
Einsparungen der Ausgaben, der Einschränkung und
Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung und einer ent-
sprechenden Steigerung der Einnahmen bedürfen. Die in-
folgedessen notwendig auch in den Sachbesitz tief eingrei-
fende Steuererhebung des Reichs und der Länder muß
auf Klaren und einfachen und die Erhaltung der Wirt-
schaft berücksichtigenden Grundlagen aufgebaut werden.
Im Interesse der Mehrerzeugung ist eine Neuregelung des
Arbeitszeitgesetzes unerlässlich. Die zu erwartende Ver-
ständigung mit der Arbeiterschaft hierüber ist sehr zu
begreifen.

Die Partei hat das Vertrauen, daß die Regierung in
der inneren Politik des Landes entschlossen und in der
Lage ist, das Ansehen des Staats gegenüber jeder Stö-
rung von Ruhe und Ordnung zu wahren. Sie fordert, daß
Nahrung zur Sicherstellung der Ernährung unserer
Bevölkerung, namentlich der städtischen Bevölkerung, mit
Brotgetreide und Kartoffeln mit größter Kraft getrof-
fen werden.

Die Deutsche demokratische Partei Württembergs for-
dert ihre Parteifreunde im ganzen Lande auf, in dieser
schweren und entscheidungsvollen Zeit sie durch keinerlei
Stimmungen, durch Gerüchte und Ueberredungen das
Gleichgewicht rauben zu lassen, sondern fest und geschlossen
um das große vaterländische Ziel der Partei gesammelt zu
bleiben und für seine Ruhe zu arbeiten, in Treue zu
unserem Lande, in Treue immer am ersten zum Reich.

Halten Sie Ihrem Heimatblatt die Treue
und bestellen Sie sofort die Schwäbische
Tageszeitung aus den Tagen für Oktober.

Die neuen Postgebühren.

„Ausgeschleudert und aufbewahrt!“

Die wesentlichsten Gebühren im Post- und Post-
schleppverkehr, die vom 10. Oktober 1923 an gelten, sind
folgende:

Postkarten: Im Ortsverkehr 1 Million Mk., im
Fernverkehr 2 Millionen Mk.

Briefe: Im Ortsverkehr bis 20 Gr. 2 Mill., über
20-100 Gr. 3 Mill., über 100-250 Gr. 5 Mill.,
über 250-500 Gr. 6 Mill. Im Fernverkehr bis
20 Gr. 5 Mill., über 20-100 Gr. 7 Mill., über
100-250 Gr. 8 Mill., über 250-500 Gr. 9 Mill.

Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkar-
ten und Briefe wird das Einheitsmaß des Fehl-
betrags unter Aufrundung auf eine durch 1000 teil-
bare Marksumme nachgehoben.

Drucksachen: Bis 25 Gr. 1 Mill., über 25-50 Gr.
2 Mill., über 50-100 Gr. 3 Mill., über 100-250
Gr. 5 Mill., über 250-500 Gr. 6 Mill., über 500
bis 1000 Gr. 7 Mill., über 1-2 Kilogramm (nur
für einzeln versandte ungeteilte Druckbände zuläs-
sig) 9 Mill.

Stundenschriftsendungen bis zum Mindestgewicht
von 5 Kg. 1 Mill.

Geschäftspapiere und Mißsendungen: Bis
250 Gr. 5 Mill., über 250-500 Gr. 6 Mill., über
500-1000 Gr. 7 Mill.

Warenproben: Bis 100 Gr. 3 Mill., über 100
bis 250 Gr. 5 Mill., über 250-500 Gr. 6 Mill.

Päckchen: Bis 1 Kilogramm 10 Mill.

Pakete in der	1. Zone	2. Zone	3. Zone
Kilometer:	75	Ab. 75-375	Ab. 375
bis 3 Kg.	12 Mill.	24 Mill.	24 Mill.
über 3-5 "	18 Mill.	36 Mill.	36 Mill.
" 5-6 "	21 Mill.	42 Mill.	63 Mill.
" 6-7 "	24 Mill.	48 Mill.	72 Mill.
" 7-8 "	27 Mill.	54 Mill.	81 Mill.
" 8-9 "	30 Mill.	60 Mill.	90 Mill.
" 9-10 "	34 Mill.	68 Mill.	102 Mill.
" 10-11 "	39 Mill.	78 Mill.	114 Mill.
" 11-12 "	42 Mill.	84 Mill.	126 Mill.
" 12-13 "	46 Mill.	92 Mill.	138 Mill.
" 13-14 "	50 Mill.	100 Mill.	150 Mill.
" 14-15 "	55 Mill.	110 Mill.	165 Mill.
" 15-16 "	60 Mill.	120 Mill.	180 Mill.
" 16-17 "	65 Mill.	130 Mill.	195 Mill.
" 17-18 "	70 Mill.	140 Mill.	210 Mill.
" 18-19 "	75 Mill.	150 Mill.	225 Mill.
" 19-20 "	80 Mill.	160 Mill.	240 Mill.

Zeitungsapakete: Bis 5 Kg. in der 1. Zone
Mill., 2. Zone 18 Mill., 3. Zone 18 Mill.

Wertsendungen: Für Wertsendungen (Wertbrief
und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartig ein-
geschriebene Sendung (bei unversiegelten Wert-
paketen wird die Einschreibgebühr aber nicht er-
hoben) und die Versicherunggebühr, die beträgt bei
Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen: für
je 1 Mill. Mk. der Wertangabe oder einen Teil von
1 Mill. Mk. 20 000 Mk., bei unversiegelten
Wertpaketen (zugelassen bis 500 Mill.): 10 000 Mk.

Postanweisungen: Bis 50 Mill. 1 Mill., über
50-100 Mill. 2 Mill., über 100-500 Mill. 5 Mill.,
über 500-1000 Mill. 7 Mill., über 1000-2000
Mill. 10 Mill., über 2000-3000 Mill. 12 Mill.,
über 3000-5000 Mill. 15 Mill., über 5000-7500
Mill. 18 Mill., über 7500-10 000 Mill. 20 Mill.
(Reisbetrag ist von 5000 auf 10 000 Mill. erhöht.)

Einschreibgebühr: Die Einschreibgebühr ist auf
5 Mill., die Vorzeigebühr für Nachnahmen und
Postaufträge auf 2,5 Mill. festgesetzt.

Sitzstellung: Bei Vorauszahlung sind zu ent-
richten für eine Briefsendung nach dem Ortszustell-
bezirk 10 Mill., nach dem Landzustellbezirk 30 Mil-
lionen; für ein Paket nach dem Ortszustellbezirk
15 Mill., nach dem Landzustellbezirk 40 Mill.

Zahllisten: (Bar eingezahlte): bis 50 Mill. ein-
schließlich 250 000 Mk., über 50-100 Mill. 500 000
Mk., über 100-500 Mill. 1 Mill., über 500-1000
Mill. 1,5 Mill., über 1000-2000 Mill. 2 Mill.,
über 2000-3000 Mill. 3 Mill., über 5000-7500
Mill. 3,5 Mill., über 7500-10 000 Mill. 4 Mill.,
über 10 000 Mill. (unbeschränkt) 6 Mill.

Für bargeldlos beglichene Zahllisten dieselbe Ge-
bühr, höchstens jedoch 2 Mill. für eine Zahlliste;
für Kassenschecks, die bargeldlos beglichen werden,
¼ vom Laufend des Scheckbetrags, für Vorauszah-
lungen mit Postcheck 2 vom Laufend des Scheckbe-
trags, Mindestgebühr 1000 Mk., Reisbetrag eines
Postchecks 50 Millionen.

Die Auslandsgebühren betragen vom 10. Ok-
tober an: für Postkarten 3 Mill., nach Ungarn und
Tschechoslowakei 7 Mill.; für Briefe bis 20 Gr. 46
Mill., jede weiteren 20 Gr. (Reisgewicht 2 Kg.)
7,5 Mill. mehr, nach Ungarn und Tschechoslowakei
bis 20 Gr. 12 Mill., jede weiteren 20 Gr. 7,5 Mill.;
für Drucksachen für je 50 Gr. 3 Mill. Mk.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Zer vierte Sozialdemokrat in der Regierung. Dem
Anspruch der Sozialdemokraten, noch einen vierten
Platz in der Regierung zu haben, wird laut „D. Allg.
Btg.“ voraussichtlich durch Ernennung des Vorsthen-
den des Bauarbeiterverbands, Silber Schmidt, zum
Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium Genüge
geleistet.

Wieder ein evangelischer Geistlicher verhaftet! Wie
soeben bekannt wird, ist der Leiter des Rheinischen
geistlichen Presseverbands, eines völlig unpolitischen Un-
tersnehmens, von den Franzosen verhaftet worden.
Ueber die Gründe im einzelnen ist nichts bekannt.

Finnland weist die russische Forderung zurück. Aus
Riga wird mitgeteilt, daß der finnische Außenminister
die Forderung der Sowjetregierung nach Bahlung einer



Entschädigung von 50 000 Goldmarken wegen der Ermordung des russischen Sotjet-Kommissars unweit der finnischen Grenze rundweg abgelehnt hat.

Das Programm des Madrider Direktoriums. Der Präsident des Direktoriums veröffentlicht eine offizielle Note über die Pläne der neuen Regierung. Er versichert, daß keine bestimmte politische Richtung beabsichtigt werden soll und dementiert alle Gerüchte über eine beabsichtigte Verfolgung von Politikern der alten Richtung. Die Note protestiert in diesem Zusammenhang gegen die Campaigne bestimmter Elemente im Ausland anlässlich des Prozesses gegen die Mörder Datos. Diese Hege sei nur geeignet, das spanische Ansehen im Ausland zu schädigen.

Der Wanderprediger Louis Häcker, der als tot gemeldet wurde, hat, wie sein Berteldiger mitteilt, das Heilische noch keineswegs vergessen. Er befindet sich zurzeit im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit. Der Berteldiger hat einen Gastentlassungsantrag eingebracht.

Handel und Verkehr.

Dollar: Berlin 835 905 000 G. 840 095 000 Br.
Frankfurt 897 750 000 G. 902 250 000 Br.

1 Goldmark = 199 523 809 (143 214 286) Papiermark.
Amtl. Berliner Devisenkurse vom Montag, 8. Okt.:

Amsterdam 329 175 000 G., 330 825 000 Br.
Brüssel 41 895 000 G., 42 105 000 Br.
Christiania 131 070 000 G., 132 330 000 Br.
Kopenhagen 148 627 500 G., 149 372 500 Br.
Stockholm 221 445 000 G., 222 355 000 Br.
Italien 37 506 000 G., 37 694 000 Br.
London 3 790 500 000 G., 3 809 500 000 Br.
Paris 49 875 000 G., 50 125 000 Br.
Schweiz 149 625 000 G., 150 375 000 Br.
Spanien 112 717 500 G., 113 252 500 Br.
Deutsch-Oesterreich 11 770 G., 11 830 Br.
Prag 24 738 000 G., 24 862 000 Br.
Buenos Aires 275 310 000 G., 276 590 000 Br.

Wirtschaftszahlen vom Montag:

Goldzollaufschlag (6.—9. Okt.) 13 699 999 900 v. S.
Reichsbankdiskont 90 Prozent.
Reichsbanklombard (wertbeständig) 10 Prozent.
Goldankaufspreis 1 Kilogramm = 640 Dollar.
Silberankaufspreis 55 000 000fach.
Lebensmittel (Großhandel) 84 500 000fach.
Großhandelsindex 84 000 000fach.
Einfuhrwarenindex 110 000 000fach.
Inlandswarenindex 49 400 000fach.
Industriestoffe 145 100 000fach.
Personenverkehrsindex (ab 10. Okt.) 60 Mill.
Güterverkehrsindex (ab 10. Okt.) 70 Mill.
Buchhändlergeschäftszahl (ab 8. Okt.) 100 Mill.
Buchdrucker-Schiffszahl (ab 5. Okt.) 3,6 Mill.
Zeitungsanzeigen-Schiffszahl 100 000.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Kreispolizeibehörden werden auf die im Staatsanzeiger Nr. 233 veröffentlichte Bekanntmachung des Arbeits- und Ernährungsministeriums, betr. Kleinhändlerpreise vom 4. Oktober 1923, sowie auf die Richtlinien des Polizeipräsidenten für die Anbringung von Preischildern und Preisverzeichnissen besonders hingewiesen und angewiesen, diese Vorschriften nachdrücklich durchzuführen und ihre Durchführung durch öfters zu wiederholende Nachsprüfungen zu sichern.
Magd., den 8. Okt. 1923. Oberamt: Magd.

Kartoffelversand.

Nach einer Verfügung des Ernährungsministeriums und der Landesversorgungsstelle darf vom 8. Oktober ds. Jrs. ab der Versand von Kartoffeln in ganzen Wagenladungen auf der Bahn nach Osten außerhalb Württembergs nur noch auf Grund eines amtlich gestempelten Frachtdrucks und bei Beförderung mittels Schiff nach Osten außerhalb Württembergs nur noch auf Grund eines amtlichen Beförderungscheins erfolgen. Die Stempelung der Frachtdrucke und die Ausgabe der Beförderungscheine geschieht durch die Landesversorgungsstelle, Verwaltungsabteilung, in Stuttgart. Die Inkraftsetzung des Stempelzwangs auch für den innerwürttembergischen Verkehr bleibt zunächst vorbehalten.
Die Nummer 233 des Staatsanzeigers kann auf den Rathäusern eingesehen werden.
Magd., den 8. Okt. 1923. Oberamt: Magd.

Altensteig.

Heinens Mostextrakt

zur Herstellung eines guten Mostes empfiehlt in Packungen für 50 und 150 Liter

Lorenz Luz jr. Tel. 46.

Ihre Druckarbeiten

bekommen Sie in solider Ausführung nirgends billiger und schneller als in der

W. Rieker'schen Buchdruckerei,

Telefon Nr. 11. Altensteig. Telefon Nr. 11.

Neuer Silberankaufspreis. Der Ankauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbankstellen erfolgt vom 8. Oktober ab bis auf weiteres zum 55 Millionenfachen Wert des Nennbetrags.

Stuttgarter Börse, 8. Okt. Das Hinausschnellen des Dollarkurses hatte zum Wochenbeginn an der Effektenbörse eine Festigkeit zur Folge, wie man sie schon lange nicht mehr beobachtet hat. Die Kurssteigerungen erstreckten sich über die gesamte Börse. Jungbäns 1000 (+ 500), Vereinsbank 225 (+ 45), Bad. Anilin 1000 (+ 1850), Feinmechanik Tübingen 3000 (+ 1150), Anorr 500 (+ 100), Kolb und Schale 900 (+ 300). — Im Freiverkehr war das Geschäft sehr lebhaft. Die Kurse stiegen auch in Freiverkehrswerten unangenehm.

Landesproduktionsbörse Stuttgart, 8. Okt. Infolge der anhaltenden Devisensteigerung sind auch die Preise für alle Getreidearten rapid in die Höhe gegangen. Das Angebot ist schwach, da die Landwirte mit der Herbstbestellung der Felder beschäftigt sind; aber auch die Käufer sind zurückhaltend, da die nötigen Betriebsmittel fehlen und das Risiko bei diesen enormen Preisen nicht zu unterschätzen ist. Es notieren 100 Mtl. gesunde trockene Ware ab württ. Stationen, in Mtl. M.: Weizen, württ. 2400—2700, Sommergerste 2000 bis 2300, Roggen, württ. 2000—2300, neuer Haber 1400—1600, Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 5500—6000, Brotmehl mit Zusatz von Auslandsgetreide 5000—5400, Kleie 800—900, Weizenheu 400—450, Kleeheu 500—600, Stroh, drahtgepreßt 400—450.

Wetter.

Bei westlichen bis südwestlichen Windrichtungen ist für Mittwoch unbeständiges Wetter mit wenig Niederschlägen und mit mäßig kühler Temperatur zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Kanzlei des Vertrauenssystems für die Regierung Stresemann.

WZB. Berlin, 9. Okt. Nachdem gestern alle Redner zu Wort gekommen waren, wurde im Reichstag das Vertrauenssystem für die Regierung in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten angenommen. Die namentlichen Anträge auf Beseitigung des Ausnahmezustandes im Reich und in Bayern werden abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, in dem die Rechtsauffassung der Reichsregierung über die bayerische Ausnahmeverordnung gebilligt wird, wird angenommen. Um halb ein Uhr nachts verläßt das Haus auf Dienstag nachmittag.

Das Ermächtigungsgesetz.

WZB. Berlin, 8. Okt. Das Ermächtigungsgesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellen, wirtschaftlichen und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf die Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkung der Unterhaltungen der Versicherten und Rentenempfänger der Sozialversicherung, sowie der Kleinrentner.

§ 2. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstags sofort aufzuheben.

§ 3. Dieses Gesetz tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

Dem besetzten Gebiet.

WZB. Paris, 8. Okt. Eine französische Nachrichtenagentur übermittelte dem „Temps“ ein Telegramm aus Düsseldorf, wonach in der Nacht vom 7. bis 8. Okt. gegen Mitternacht zwischen Arbeitern der Grube „Gannibal“ (2 Km. westlich von Bochum) ein Streit ausgebrochen ist, in dem auch einige Franzosen und deutsche Polizisten hineingezogen worden seien. Zwei Deutsche seien durch Schüsse getötet worden, ein Franzose durch einen Stochschlag.

Poincare und die Beamten im besetzten Gebiet.

WZB. Berlin, 8. Okt. Dem „Volksanzeiger“ zufolge wird von zuständiger deutscher Seite zu Poincares letzte Behauptung, die deutsche Regierung habe nach der offiziellen Aufgabe des passiven Widerstands den Eisenbahnen des besetzten Gebietes ihre Bezüge für drei Monate vorausbezahlt, um so eine verdeckte Fortführung des passiven Widerstands noch zu ermöglichen, mitgeteilt: Allen Beamten des besetzten Gebietes wurden mit Rücksicht auf ihre besonders schwierige Wirtschaftslage am 1. Oktober ihre Bezüge für das laufende Quartal ausbezahlt. Das Gesetz über die vorübergehende Abschaffung der vierteljährlichen Vorauszahlungen der Beamtengehälter bestimmt ausdrücklich, daß sein Inhalt für die besetzten Gebiete keine Geltung hat.

Schnee in den Vogesen.

WZB. Paris, 8. Okt. In den Vogesen ist heute Nacht Schnee gefallen. An manchen Stellen hat er, nach einer Nachricht aus Straßburg, 30 cm Höhe erreicht.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Beck.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner feinsten Form zusammengepackt. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nutzlos sind.

Dirin

Denker's bestes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Erleuchtung u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

billiges Waschen

Altensteig.
7000 Stück I. Qualität
rheinische
Schwemm-
steine

Größe 10/12 hat ab Lager abzugeben

Joel Walz, Baugeschäft

Gepreßte und ungepreßte

Lohe

hat abzugeben

Carl Beck, Altensteig

Altensteig.

Gesangbücher

empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchd.

Altensteig.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels

Karl Dietz, Gerber

für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte von Nah und Fern, den Nachruf und die Kranzniederlegung seitens des Jünglingsvereins, sowie den erhebenden Gesang des Jungfrauenvereins danken herzlich die trauernden Hinterbliebenen.

Rokosfett Eiernudeln Kernseife

sowie
 zu haben
 Schwarzwaldrogerie Altensteig
 Apotheker Jos. Englert.

Familien-Kalender für 1924

haben zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

